

FRONTALIERS

Von den Griechen gelernt



Politische Rechte für Frontaliers: Zumindest im Spiel, von der Flüchtlingsorganisation Asti kurz vor den Chamberwahlen organisiert, bekennt sich der DP-Abgeordnete John Schummer dazu. (Foto: Asti)

Die GrenzgängerInnen sind wieder Thema von Umfragen. Ihre politische Partizipation aber nicht.

Sie kommen aus Metz, Namur oder Trier. Abends, nach getaner Arbeit, fahren sie wieder nach Hause über die Grenze. Mehr als 100.000 Menschen, das sind rund 38 Prozent aller in Luxemburg Beschäftigten, kommen aus der Grenzregion, um hier zu arbeiten. In einigen Branchen, etwa in der Industrieproduktion oder im Finanzwesen, liegt ihr Anteil sogar bei mehr als der Hälfte.

Kein Wunder, dass PolitikerInnen jeglicher Couleur nicht müde werden, die Wichtigkeit der so genannten GrenzgängerInnen zu betonen. "La croissance économique future du Luxembourg dépend dans une très large mesure de la main-d'oeuvre étrangère", heißt es im Ende 2002 erschienenen Immigrationsbericht der Regierung. Doch die nüchterne Erkenntnis der eigenen Situation kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Verhältnis Luxemburgs zu seinen GrenzgängerInnen zwiespältig ist. Geht es um Themen wie Transport oder Rente, wird die Debatte schnell polemisch.

Von einer "Katastrophe" sprach der DP-Abgeordnete Marc Schroell kurz nach dem Erscheinen der BIT-Studie im Frühjahr 2001. Die Genfer Experten hatten auf die Folgekosten für die Sozialversicherungen hingewiesen, welche die große Abhängigkeit von ausländischen Arbeitskräften der luxemburgischen Wirtschaft in Zukunft bringen wird. Und auch die Immigrationskommission hat sich Gedanken gemacht: "La Commission estime qu'une réflexion approfondie

sur la situation des frontaliers s'impose, notamment sur leur relation avec le Luxembourg et les questions relatives à l'exportation de nombreuses prestations sociales luxembourgeoises." Und weiter: "La présence massive, sur le marché du travail, de personnes ayant comme unique point d'attache avec le Luxembourg leur lieu de travail n'est pas souhaitable." Dieser sorgenvolle Blick ist typisch für Luxemburgs Wahrnehmung von GrenzgängerInnen.

Schreckgespenst Frontalier

Bisherige Untersuchungen legen fast alle den Fokus auf Ausmaß und Folgen, die das Grenzgänger-Phänomen für Luxemburg hat: Beim Thema Transport und Mobilität etwa wurden Frontaliers gefragt, wie viele von ihnen mit dem Auto zur Arbeit kommen und wie lange sie für die Anfahrt brauchen. Die von Ceps/In-Steat und Stateg durchgeführte Studie sollte Hinweise darauf geben, welche Verkehrsinfrastrukturen Luxemburg in Zukunft braucht. Im Bereich Konsum interessierte vor allem, wie viel und was die Nachbarn bei uns einkaufen. Guy Schuller vom Stateg erklärt, dass derartige Statistiken für volkswirtschaftliche Zwecke entlang nationaler und europäischer Vorgaben erstellt werden, und daher längst nicht nur die Konsumausgaben dieser einen Gruppe zählen. Der Statistikexperte warnt eindringlich davor, sich auf die GrenzgängerInnen zu fokussieren. Tatsache ist aber auch, dass es hier zu Lande bisher kaum soziologische Studien über die Bedürfnisse und Wahrnehmungen von Frontaliers gibt.

Die bislang unveröffentlichte, nicht repräsentative Umfrage "Vous les frontaliers", die das Wirtschaftsmagazin PaperJam in Zusammenarbeit mit monster.lu und den beiden GrenzgängerInnen-Internetplattformen lesfrontaliers.lu und diegrenzgaenger.lu, gemacht hat, ist nicht sehr viel anders. Die Befragten sollten vor allem Auskunft über ihr Wohn-, Transport- und Freizeitverhalten geben. Auch Einschätzungen zu Aufstiegs- und Karrierechancen und Verdienstmöglichkeiten wurden abgefragt. Nur zweimal jedoch können die Frontaliers zu gesellschaftlichen Themen ihre persönliche Meinung angeben: Bei der Frage nach Luxemburgs Kulturangebot schätzt die Mehrheit der GrenzgängerInnen dieses als "un peu attrayante" bis "très peu attrayante" ein. Und bei der Frage, was sie in Luxemburg wählen würden, findet die CSV den größten Zuspruch.

Die Frage ist fiktiv, aber sie spiegelt ein eklatantes Demokratiedefizit in Luxemburg wieder, das in dieser Form kein anderes europäisches Land kennt: Mehr als ein Drit-

tel der hiesigen Bevölkerung hat keinen luxemburgischen Pass - und daher auch kein Wahlrecht. Zählt man die Frontaliers zur hiesigen Bevölkerung hinzu, sie zahlen immerhin Steuern und Sozialversicherungsbeiträge wie andere EinwohnerInnen auch -, ergibt sich eine gewaltige Macht-schieflage.

"Unsere Staatsform wird Demokratie genannt, weil wir uns nicht auf eine Minderheit, sondern auf eine Mehrheit im Volke stützen." Folgt man diesem berühmten Satz des antiken Historikers Thukydides, der übrigens auch im Vorwort zum europäischen Verfassungsentwurf steht - "alors la démocratie au Luxembourg est inachevée", schlussfolgert der Politikwissenschaftler Philippe Poirier von der Universität Luxemburg. Für das Machtgefälle verantwortlich ist ein bestimmtes Bürgerverständnis: Wählen darf nur, wer die Staatsangehörigkeit des Landes besitzt, in dem er oder sie wählen will. Das ist nicht nur in Luxemburg so, sondern wird in ganz Europa praktiziert. Aber nur hier wirkt sich das System derart undemokratisch aus. Premierminister Jean-Claude Juncker hatte vor zwei Jahren noch beteuert: "La participation à la prise de décision du plus grand nombre de personnes représente pour nous un intérêt national".

Zukunftsmelodie: der Euro-Bürger

Doch das Demokratiedefizit wächst ungehindert weiter, obwohl es laut Philippe Poirier einen Ausweg gibt: die "citoyenneté européenne", die auch schon die Belgier Francis Delpérée und Michel Verwilghen in ihrem Gutachten zur doppelten Staatsbürgerschaft vorgeschlagen haben. Danach sollen EU-BürgerInnen frei entscheiden können, in welchem europäischen Land sie ihr Wahlrecht ausüben wollen: dort, wo sie leben, wo sie geboren sind oder aber wo sie arbeiten und Steuern zahlen. Dieser Wahlmodus hätte einen gewünschten Nebeneffekt: Würden sich die Menschen das Land ihrer Wahl selbst aussuchen, wäre vermutlich auch das Loyalitätsgefühl zu den jeweiligen demokratischen Institutionen größer.

Die Idee einer EU-Bürgerschaft, die auch Menschen aus Drittstaaten einschließt, wird wahrscheinlich aber noch lange Zeit Utopie bleiben. Denn das hieße, weg vom Nationalgedanken hin zum Territorialprinzip respektive auch darüber hinaus zu gehen. Nation und Nationalität sind aber nicht nur für viele Fußballfans nicht wegzudenken. Fast alle bürgerlichen Parteien halten daran fest - das zeigt schon das uneuropäische, weil in erster Linie auf die Vorteile des eigenen Landes bezogene Ge-

baren der meisten EU-PolitikerInnen. Und selbst bei den Grünen, die sich mit den Linken für ein Residenzwahlrecht aussprechen, ist Skepsis gegenüber einem Wahlrecht für GrenzgängerInnen da.

Der Stein, an dem sich alle stoßen, bleibt - indirekt - die Zugehörigkeit. Sie leben ja nicht hier, ist ein gängiges Argument.

Tatsächlich lautet die wohl spannendste Frage: Welche Rechte wollen die GrenzgängerInnen und wie verbunden fühlen sie sich mit Kultur des Landes, in dem sich ihr Arbeitsplatz befindet? In spezifischen Internetforen tauschen Frontaliers sich zumeist über praktische Dinge aus: preiswerte Übernachtungstipps, die nächste Steuererklärung, das Kinder- und Erziehungsgeld. Doch politische Diskussionen über Mitbestimmung und Teilhabe finden auf lesfrontaliers.lu und diegrenzgaenger.lu kaum statt. Laut Roland Walter Müller, Initiator der deutschen Plattform, gibt es dafür nur wenig Interesse. Andererseits: Bisher hat niemand die Betroffenen wirklich zur Diskussion aufgefordert.

Wir und ihr

"Vous, les frontaliers" heißt das Motto eines Rundtischgesprächs, zu dem PaperJam am Donnerstag eingeladen hat. Die Perspektive von außen versinnbildlicht einmal mehr die typische Annäherung an das Grenzgänger-Thema. Jean-Michel Gaudron, Journalist und Organisator von PaperJam, sagt zwar: "Notre but n'est pas de monter les 'étrangers' contre les 'luxembour-

geois', mais bel et bien de comprendre et observer comment ces 'étrangers' vivent au quotidien cette situation et sont amenés à s'intégrer dans le tissu économique et social luxembourgeois." Doch die geladenen ExpertInnen kommen erstens fast alle aus Luxemburg. Zudem sei seinem Magazin, so Gaudron, der Fokus auf "Nous, les frontaliers" nicht wesentlich gewesen.

Wie wenig Bewusstsein es für einen integrativen Ansatz in Luxemburg gibt, zeigt auch der Umgang der Immigrationskommission. Weder wurden GrenzgängerInnen als ExpertInnen in eigener Sache zur Debatte eingeladen, noch wusste die Kommission den Betroffenen konkrete Vorschläge oder Angebote zu machen, wie und wo sie denn weitere Anknüpfungspunkte außerhalb der Arbeit hier im Land finden können.

Diese ausschließende Haltung wiederum erinnert an Thukydides. Denn die attische Demokratie war keineswegs perfekt, sondern, wie sie der deutsche Historiker Jürgen Malitz einmal beschrieben hat, "ein System, das die Besserstellung der eigenen Bürger gegenüber den Ansprüchen von Fremden energisch verteidigte". Also höchst undemokratisch - und das gewollt. Zu den "Fremden" zählten nicht nur Angehörige anderer befeindeter Volksgruppen wie die Perser, sondern auch Frauen, Sklaven und Juden. Das mangelnde Suchen der luxemburgischen Verantwortlichen nach partizipatorischen Lösungen für die Grenzgängerthematik und das Demokratiedefizit, beweist deshalb vor allem eines: Die Regierung hat das exklusive Demokratieverständnis der alten Griechen bestens kapiert.

Ines Kurschat

Religion Fußball

Kein Tag ohne Fußball, wer hätte das gedacht? Schon die Weltmeisterschaft 2002 legte die halbe Redaktion lahm, weil sogar sonst weniger am Fußball Interessierte sich eifrig per Internet über die Spielstände auf dem Laufenden hielten. Noch heftiger hat das Fußballfieber die woxx zur EM erfasst. Morgens werden die Spiele vom Vorabend analysiert und die Prognosen für das Finale erstellt. Zudem ist die EM in Portugal, das heißt, wir sind in Portugal. Denn Luxemburg ist portugiesischer denn je: Aus den Fenstern hängen rot-grüne Flaggen, Mädchen und Jungen tragen T-Shirts, Röcke, Mützen und Schals in den portugiesischen Landesfarben. Aus den Flaggen entstehen die neuesten Modekreationen. An Abenden, an denen die "Seleção" spielt und gewinnt, verwandelt sich das Bahnhofsviertel in den Lisabonner Rossio. Hupkonzerte ist man schon seit dem Champions-League-Sieg des FC Porto gewöhnt. Gewiss, nicht alle teilen die lusitanische Euphorie und begegnen dem Fußballnationalismus mit Argwohn. Es gibt auch einige, die noch immer nicht bekehrt wurden und zur Religion Fußball konvertierten. Noch ...